



TOP 21

**Bericht über Verfolgungssituationen im Iran, in Syrien und im Libanon**

Bericht in der Sitzung der 16. Landessynode am **28. November 2020**

Verehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Landesbischof, hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder,

ich möchte diesen Bericht gerne unter das Motto der Tageslosung vom Dienstag, 24. November 2020 stellen: „Aller Welt Enden sehen das Heil unsres Gottes“ Psalm 98,3

**0. Einleitung**

In vielen Ländern dieser Erde leiden Christinnen und Christen unter Verfolgung und Bedrängnis. Die Opfer stammen aus den Reihen der katholischen, anglikanischen, orthodoxen und evangelischen Gemeinschaften. Auch werden nicht nur Christen und Christinnen wegen ihres Glaubens verfolgt und bedrängt. In manchen Ländern leiden Muslime, Buddhisten und Hindus ebenfalls massiv unter Verfolgung. Auch diese Glaubensgemeinschaften haben Tote und Gequälte in ihren Reihen zu beklagen. Verfolgt zu werden ist kein christliches Alleinstellungsmerkmal. Deswegen muss das große Kapitel „verfolgte und bedrängte Christen“ im Kontext des noch größeren Kapitels „Missachtung und Verletzung des Rechts auf Religionsfreiheit“ gesehen werden.

Der Blick auf das große Thema Religionsfreiheit entbindet uns aber nicht vom Auftrag, den eigenen Glaubensgeschwistern solidarisch zur Seite zu stehen. Im Gegenteil. Den verfolgten Geschwistern kann nur geholfen werden, wenn Lösungen und Hilfsansätze auf den jeweiligen Kontext abgestimmt sind. Diese Kontexte können unterschiedlicher kaum sein.

Heterogen sind auch die Kräfte, die Christinnen und Christen (und andere) bedrängen und verfolgen, und unterschiedlich sind ihre Motive. Manche Täter haben eine politische Agenda, andere verfolgen wirtschaftliche Ziele. Und wieder andere sehen in der Andersgläubigkeit ihrer MitbürgerInnen einen Affront gegen den eigenen Glauben.

Das größte Problem hierbei scheint in unseren Tagen der erstarkende Fundamentalismus zu sein. Die ehemalige Ratsvorsitzende der EKD, Margot Käßmann, sagte Anfang dieses Monats in der Freiburger Ludwigskirche: „Wir dürfen den Fundamentalisten, die die Freiheit hassen, das Feld nicht überlassen“. Käßmann äußerte sich schockiert darüber, dass inzwischen sogar Menschen in Europa um ihr Leben fürchten müssten, wenn sie sich als Christen zeigten. „Wer hätte sich vor Wochen noch vorstellen können, dass in einer Kirche in Nizza drei Menschen brutal mit dem Messer erstochen werden?“, fragte sie.

Ich möchte an dieser Stelle darum jetzt auch aktuell auf den Konflikt Aserbeidschans und Armeniens um die Region Bergkarabach eingehen. Vordergründig sieht es wieder aus wie ein Konflikt der Religionen. Islam gegen Christentum. Doch hinter den Kulissen geht es um Macht, um uralte ethnische Konflikte, um strategische Geländegewinne um alte und neue Koalitionen und letztendlich um die Rolle Russlands und der Türkei in dem Konflikt. Großmachtdenken und -Handeln der Sowjetunion vor einhundert Jahren begründeten den Konflikt. Die Führung der Sowjetunion sprach das überwiegend armenisch bewohnte Gebiet im Jahr 1921 Aserbeidschan zu. Ende 1980 brachte Armenien das Gebiet in einem blutigen Krieg unter seine Kontrolle. Völkerrechtlich gehört

Bergkarabach zu Aserbeidschan. Am 27 September 2020 überfiel Aserbeidschan mit Hilfe der Türkei die Region. Bei Kämpfen kamen vermutlich mehr als 10 000 Menschen ums Leben. Als der armenische Premier Nikol Paschinjan am 10. November 2020 ein Friedensabkommen mit Aserbeidschan unterzeichnete, nannten ihn viele Armenier einen „Verräter“. Vielleicht wurde durch diesen Schritt aber auch das Leben zahlreicher Menschen gerettet, die sonst umgekommen wären in weiteren Kämpfen. Außerdem gab es in dem aktuellen Konflikt erstaunlich wenig Unterstützung des Westens oder Europas für die armenische Seite.

Immer noch bedrückend ist die Situation der Geflüchteten vor allem in Griechenland, der Türkei und in Italien. Die Bundesregierung hat angeboten, unbegleitete Kinder und Jugendliche aufzunehmen. Die ersten sind bereits angekommen. Auch Luxemburg hat geflüchtete Jugendliche aufgenommen. Allerdings ist eine gemeinsame Solidarität in weiten Teilen Europas schlichtweg nicht vorhanden. Ein Kontinent, der sich als christliches Abendland bezeichnet, sollte hier deutlicher seine Aufgabe gegenüber den Notleidenden wahrnehmen, als das derzeit der Fall ist. Ansonsten sind die sogenannten Werte der europäischen Wertegemeinschaft nicht das Papier wert, auf dem sie stehen.

Und an der Grenze zu Europa, etwa in Weißrussland, sieht es nicht viel besser aus. Trotz massiver staatlicher Gewalt demonstrieren seit gut drei Monaten zehntausende belarussische Bürgerinnen und Bürger gewaltlos für Rechtsstaatlichkeit und demokratische Grundrechte in ihrem Land. Die EKD hat erst vor kurzem hier dem Koordinierungsrat, der orthodoxe, katholische und evangelische Christinnen und Christen vereint, die Solidarität ausgesprochen.

Auch die deutsche Bundesregierung nimmt das Thema „Religionsfreiheit“ ernst. Markus Grübel, Bundestagsabgeordneter aus Esslingen und Beauftragter der Bundesregierung für Religionsfreiheit hat Ende Oktober seinem zweiten Bericht zum Thema „Religionsfreiheit“ vorgelegt.

Insbesondere Christinnen und Christen, so Grübel, haben weltweit vermehrt unter Einschränkungen der Religionsfreiheit zu leiden. „Das ist ein erschreckender Befund und nicht hinzunehmen“, sagte der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford Strohm zu dem Bericht. Bedford-Strohm hob besonders den Iran hervor, in dem Menschen, die zum Christentum konvertiert sind, eine Anklage wegen „Apostasie“ mit Strafen bis hin zur Todesstrafe droht. Auch ist in dem Land jegliche missionarische Tätigkeit untersagt.

Dies ist deshalb von besonders großer Bedeutung, weil derzeit sehr viele Menschen aus dem Iran nach Deutschland kommen, hier Zuflucht suchen und sich oft einer christlichen, und hier wiederum evangelischen Kirche anschließen. Es gibt zahlreiche Konvertiten auch bei uns in Baden- Württemberg, die um ihr Leben fürchten müssen, wenn sie in den Iran zurückkehren. Ein paar Gerichtsurteile bei Asylverfahren in den letzten Monaten lassen jedoch aufhorchen und zeigen, dass doch vermehrt Richterinnen und Richter die Todesgefahr für diese Konvertiten anerkennen und bei ihrem Urteil berücksichtigen. Zahlreiche württembergische Kirchengemeinden kümmern sich rührend und intensiv darum, solche Geflüchteten aus dem Iran in ihren Gemeinden aufzunehmen, sie zu unterstützen und ihnen eine Zukunftsperspektive zu schaffen.

Immer wieder ist auch unser landeskirchlicher Asylpfarrer, Joachim Schlecht, mit Anfragen zu diesen Konvertiten befasst und wird um Rat gebeten. Dagegen spielt das Thema Kirchenasyl derzeit keine große Rolle im Bereich unserer Landeskirche, weil hier im Vorfeld und durch intensive Beratungen mit den staatlichen Stellen oft Extremsituationen verhindert werden können. So ist die Zahl der Kirchenasylfälle derzeit bei zwei Fällen.

Markus Grübel erwähnt in seinem Bericht auch die Lage im Irak. Noch immer ist die Lage der religiösen Minderheiten prekär. Die Menschen dort haben weiterhin mit Gewalt und Drohungen zu kämpfen und die Rückkehr der Jesiden und Christen in ihre Heimatorte, nach dem Ende der IS Herrschaft, verläuft schleppend. Über 70% der Jesiden waren im September vergangenen Jahres noch nicht in ihre Herkunftsorte zurückgekehrt. Von den 1,5 Mio. irakischer Christen im Jahr 2003 leben heute zwischen 200 000 und 300 000 noch in ihrer Heimat. Das heißt, 85 % der Christen sind vertrieben. Markus Grübel schließt seinen Bericht mit den Worten: „Ohne Religionsfrieden gibt es

keinen Weltfrieden. Im Irak konnte ich erleben, wie sich Christen, Jesiden und Sunniten gemeinsam auf den Weg zur Versöhnung gemacht haben. Das sind kleine Schritte in Frieden und Freiheit – wenn sie gelingen, dann haben sie große Wirkungen über die Region hinaus“.

Auch der leider nicht mehr dem nächsten Kabinett angehörende Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, betont: „Als größte Glaubensgemeinschaft sind Christen am meisten von Verfolgung und Diskriminierung betroffen. Jedoch sind Angehörige aller Religionen und Weltanschauungen Opfer von zunehmender Gewalt: Im Nordirak habe ich traumatisierte Jesiden getroffen, die aus den Vergewaltigungslagern der IS-Terroristen geflohen sind. Auch das Leid der muslimischen Minderheit der Rohingya zeigt, dass wir schwere Repressionen nicht einfach hinnehmen dürfen. Eine Million Menschen sind aus Myanmar geflohen und leben unter katastrophalen Bedingungen“.

Eine genaue und detaillierte Beschreibung der Lage der Christen im Irak liefert das aktuelle Heft zur Situation der Verfolgten Christen, das von Cornelia Wolf nach Berichten unseres Partners im Irak, Abuna Emanuel Youkhana von der Organisation CAPNI, zusammengestellt wurde.

Sie können das Heft auf der Homepage der Landeskirche abrufen unter:

[https://www.service.elk-wue.de/uploads/tx\\_templavoila/EM\\_Broschuere\\_Verfolgte\\_Christen\\_WEB\\_01.pdf](https://www.service.elk-wue.de/uploads/tx_templavoila/EM_Broschuere_Verfolgte_Christen_WEB_01.pdf)

Zur Situation in Syrien ist derzeit wenig Neues bekannt. Zwar ist das Land, aufgrund der kriegsbedingten Isolation nicht so stark von Corona-Infektionen betroffen wie andere Länder. Dennoch herrscht im Land immer noch in vielen Regionen der Kriegszustand und man ist weit von einem normalen Leben entfernt.

Immer noch ungeklärt ist das Schicksal der beiden Erzbischöfe Mor Gregorios Yohanna Ibrahim und Boulos Yazigi aus Aleppo. Der syrisch-orthodoxe und der griechisch-orthodoxe Erzbischof wurden am 22. April 2013 von islamistischen Kämpfern verschleppt. Bis heute fehlt jede Spur von ihnen.

Aber es gibt auch gute Nachrichten aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Das Vorschul-Projekt in Kafroun / Wadi Nasara (Tal der Christen), Syrien, wurde seit Projektbeginn am 1. Januar 2014 immer wieder von der Evangelischen Landeskirche in Württemberg gefördert. Es war von Anfang an ein zeitlich begrenztes Projekt, um nach dem starken Zustrom syrischer Binnenflüchtlinge ins „Tal der Christen“ die lokalen Partner bei ihrer Bildungsarbeit zu unterstützen, bis sich andere Lösungen finden. Das Projekt wurde zweimal verlängert, zuletzt bis zum 30. Juni 2020. Seit den zurückliegenden Sommerferien ist es abgeschlossen; auf der Facebook-Seite „Kafroun Kindergarten“ ist das Projekt auch von den syrischen Partnern in sehr anrührender Weise dokumentiert.

Bei mehreren Besuchen in Kafroun haben wir ein unglaublich motiviertes Team von jungen Frauen (und wenigen Männern) erlebt, die zum großen Teil ebenfalls Binnenflüchtlinge waren, und die sich durch dieses Projekt wieder eine Struktur für ihren Alltag verschafft hatten. Rund 75 Kinder besuchten stets die drei bis vier Klassen der Vorschule; insgesamt wurden über den Projektzeitraum hinweg also mehr als 200 Kinder beschult, die in der Einrichtung nicht nur Unterricht und Essen bekamen, sondern vor allem Schutz, Ruhe und ein Gefühl der Geborgenheit.



Fotos © Dr. Uwe Gräbe

Aufgrund der Corona-Pandemie war die Arbeit lediglich von Ende März bis Mitte Mai 2020 unterbrochen; in dieser Zeit haben die Erzieherinnen die Binnenflüchtlingsfamilien in ihren Unterkünften mit pädagogischen Materialien und Lebensmitteln versorgt. Ein letztes Mal haben die Kinder sich nun vor den Sommerferien die feierlichen blauen Roben der Schulabgänger angezogen und ein

Abschiedsfest miteinander gefeiert. Alle Kinder haben mittlerweile Aufnahme an syrischen Regelschulen gefunden – wenn auch teilweise unter nicht einfachen Bedingungen.

Die syrischen Flüchtlingskinder an der Johann Ludwig Schneller-Schule (JLSS) im Libanon haben sich über die Jahre hinweg zu einem Schwerpunkt der dortigen Arbeit entwickelt. Bis zu 20% der Kinder und Jugendlichen an der Schule, im Internat und in den Ausbildungswerkstätten sind mittlerweile syrische Flüchtlinge; das Projekt wird momentan noch weitergeführt, so lange Spendengelder dafür eingehen. Die Finanzierung aus dem Ausland ist deswegen notwendig, weil es für syrische Schüler und Schülerinnen keine Zuschüsse des libanesischen Erziehungsministeriums gibt und weil diese Gruppe auch nicht in der Lage ist, noch so geringe Schulgebühren zu bezahlen.



Die JLSS ist bei dieser Arbeit einen ganz eigenen Weg gegangen: Zwar nehmen mittlerweile fast alle libanesischen Schulen auch syrische Kinder auf. Dies erfolgt jedoch fast immer im Zwei-Schichten-System: Morgens werden die libanesischen Kinder nach dem (anspruchsvolleren) libanesischen Curriculum unterrichtet, nachmittags die syrischen Kinder nach dem syrischen Curriculum. Libanesischen Ehrenamtliche, die in der Flüchtlingsarbeit engagiert sind, sorgen zum Schuljahrsende oftmals für eine Busfahrt nach Syrien, wo die Schüler dann ihre Prüfungen ablegen – um so auch weiterhin in den syrischen, aber eher nicht in den libanesischen Arbeitsmarkt integrierbar zu sein. Die JLSS

ist vermutlich die einzige Schule, die syrische und libanesischen Kinder gemeinsam nach dem libanesischen Curriculum unterrichtet und auch in gemeinsamen Internatsgruppen aufnimmt. Dies ruft viel Widerstand aus den umliegenden Dörfern hervor – doch der Erfolg gibt dem Direktor der JLSS recht: Mittlerweile stammen mehrere der besten Schülerinnen und Schüler aus Syrien.

Aufgrund der Covid19-Pandemie erfolgt der Unterricht mittlerweile jedoch nach einem anderen Zwei-Schichten-System: Damit im Infektionsfall nicht ganze Klassen betroffen sind, wurden alle Klassen halbiert, wobei sich stets jeweils nur die Hälfte der Kinder im Klassenraum befindet und die andere Hälfte (im wöchentlichen Wechsel) dem Unterricht per Videokonferenz aus dem Internat oder von zu Hause folgt.

Für den Libanon kam in den letzten Monaten zusätzlich zur Corona Pandemie noch die große Explosion im Hafen von Beirut mit ihren enormen Schäden dazu. Die Menschen dort leiden nicht nur unter den Folgen von Pandemie und Zerstörung, sondern zunehmend auch unter einer völlig versagenden und korrupten Regierung. Der Libanon ist von einer „Schweiz im Nahen Osten“ zu einem unberechenbaren Pulverfass in der Region geworden. Die von Iran unterstützte Hisbollah tut das ihrige dazu, um die Lage zu destabilisieren.

Anhand einiger Beispielländer aus dem asiatischen und afrikanischen Raum soll im Folgenden gezeigt werden, wie vielschichtig das Thema „Verfolgung und Bedrängnis von Christinnen und Christen“ ist und welche Tendenzen sich im Jahr 2020 ablesen lassen. Für den asiatischen Kontext wurden China, Indien und Pakistan ausgewählt, für Afrika Nigeria, Eritrea und Mosambik mit einem kleinen Ausblick auf den Sudan, wo es seit Jahrzehnten endlich wieder einmal eine gute Nachricht zum Thema Religionsfreiheit gibt.

## I. Asien: Christen in der Minderheit

Das Christentum ist im asiatischen Raum bis auf die Länder Süd-Korea und Philippinen eine Minderheitenreligion. Bis auf wenige Ausnahmen (z. B. Thomaschristen in Indien) gehen die christlichen Kirchen und Gemeinschaften auf die Mission im 19. Jahrhundert zurück.

### **1.1. Indien: Christliches Leben in einem religiös-nationalistischen Kontext**

In Indien hat sich die Situation von religiösen Minderheiten in den letzten Jahren massiv verschlechtert. Dies hängt in besonderem Maße mit dem Erstarken des Hindunationalismus zusammen, der in allen anderen Religionsgemeinschaften einen Affront gegenüber der nationalen und kulturellen Mehrheitsidentität sieht. Allein für die erste Jahreshälfte 2020 listet das katholische Hilfswerk missio 293 Hassverbrechen gegen Christen auf, darunter sechs Morde und fünf brutale Vergewaltigungen. Christinnen und Christen machen in Indien gerade einmal zwei Prozent der Bevölkerung aus. Die muslimische Glaubensgemeinschaft ist mit 14 Prozent deutlich größer und leidet ebenfalls stark unter dem Hass von Hindu-Nationalisten.

Wie in anderen Krisen kann auch jetzt in der Corona-Pandemie beobachtet werden, dass der Druck auf religiöse Minderheiten in Indien zunimmt. So schreibt der National Council of Churches in India (NCCI) Anfang Juli 2020: „Die Polizeigewalt in Indien speziell gegen religiöse und ethnische Minderheiten, gegen Kinder, Frauen und Marginalisierte, wächst täglich.“ Anlass der offiziellen Verlautbarung des NCCI war der Tod zweier Christen (Vater und Sohn), die im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu in Polizeigewahrsam offenbar unter Folter gestorben waren. Ihnen war vorgeworfen worden, ihren Handyladen während des Corona-Lockdowns 15 Minuten länger als erlaubt geöffnet gehabt zu haben. Nach Einschätzung des NCCI werden die Corona-Lockdown-Maßnahmen gegenüber Minderheiten schärfer ausgelegt als gegenüber der Mehrheit.

Geraten religiöse Minderheiten ins Visier der Ermittlungsbehörden – ob berechtigt oder nicht – nutzen dies Hindunationalisten oft zur Stimmungsmache aus. So wurde im Sommer 2018 Schwestern des Mutter-Teresa-Ordens in Jharkhand vorgeworfen, Kinder aus einem Waisenheim zur Adoption gegeben und Geld dafür verlangt zu haben. Die Oberin wurde verhaftet, konnte einige Monate später aber auf Kautions wieder freikommen. Ende 2019 kam es zu erneuten Anschuldigungen gegenüber dem Orden. Der Fall ist bis heute nicht aufgeklärt.

Neben den echten Hassverbrechen gegenüber Andersgläubigen machen aber auch die Behörden den religiösen Minderheiten das Leben schwer – insbesondere seit 2014 mit Narendra Modi ein Politiker der nationalistischen, rechtskonservativen Bharatiya Janata Party (BJP) ins Amt des Premierministers gekommen ist. Im Sommer 2020 wurden Pläne bekannt, dass im Bundesstaat Karnataka der christliche und muslimische Religionsunterricht verboten werden soll. Und im September 2020 hat das indische Innenministerium vier weiteren christlichen Organisationen die Lizenz zum Empfang von ausländischen Spenden ohne Angabe von Gründen entzogen. In Indien benötigen Einrichtungen, die ihre Arbeit mit Spendengeldern aus dem Ausland finanzieren, nach dem sogenannten Foreign Contribution Regulation Act von 2010 eine offizielle Lizenznummer. Die Behörden können diese schnell wieder entziehen. Es reicht der Vorwurf einer fehlenden oder unvollständigen Einkommenssteuererklärung. Ist die Lizenz einmal annulliert, kann die Organisation frühestens nach drei Jahren wieder eine neue Lizenz beantragen. Seit 2015 hat die Modi-Regierung 10.000 Lizenzen lösen lassen. Die Annullierungen betreffen nicht nur Kirchen und religiöse Organisationen. Auch Greenpeace India ist davon betroffen.

### **1.2. Pakistan – Zwischen Todeszelle und Religionsfreiheit**

Pakistan gehört zu den Ländern, die in den letzten Jahren für viele Schlagzeilen zum Thema Christenverfolgung gesorgt haben. Präsent ist noch der Fall der Christin Asia Bibi, die neun Jahre lang in einer Todeszelle saß, weil sie wegen Blasphemie verurteilt worden war. Im Oktober 2018 hob das Oberste Gericht in Pakistan dieses Urteil aus Mangel an Beweisen auf. Asia Bibi konnte unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen im Sommer 2019 mit ihrer Familie nach Kanada ausreisen. Das Blasphemiegesetz, das für die Verunglimpfung des Islam hohe Strafen bis hin zur Todesstrafe vorsieht, stellt für die kleine Minderheit der Christen, die nur knapp zwei Prozent in der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung ausmacht, eine große Gefahr dar. Oft reicht das Gerücht, dass jemand den Propheten Mohammed oder den Islam als Religion beleidigt habe, um eine Anklage gegen einen unliebsamen Nachbarn, Mitarbeiter oder Bekannten zu erwirken.

Nach Angaben der US-amerikanischen Kommission für internationale Religionsfreiheit (United States Commission on International Religious Freedom – USCIRF) sitzen derzeit rund 80 Menschen in Pakistan wegen des Verstoßes gegen dieses Gesetz in Haft, etwa die Hälfte von ihnen ist zum Tode verurteilt. Die meisten von ihnen sind übrigens Muslime. Menschenrechtsaktivisten in Pakistan und internationale Organisationen fordern seit langem die Abschaffung des Blasphemiegesetzes, weil es zu häufig dafür benutzt werde, um private Rechnungen zu begleichen. So scheint es auch der Fall bei Asif Pervaiz zu sein, der im Sommer 2020 von einem Gericht in Lahore zum Tode verurteilt wurde. Zuvor hatte er bereits sieben Jahre in Haft gesessen und auf seinen Prozess gewartet. 2013 soll er seinem Arbeitgeber blasphemische Textnachrichten geschickt haben. Laut Pervaiz' Anwalt, hatte allerdings sein Arbeitgeber ihn zwingen wollen zum Islam zu konvertieren.

Unter den Versuchen der Zwangskonversion leiden vor allem christliche und hinduistische Mädchen, die entführt, missbraucht und später gezwungen werden, zum Islam zu konvertieren. So wurde die 14-jährige Katholikin Maira Shahbaz im April 2020 entführt und zwangsverheiratet. Ein Gericht in Lahore verfügte, dass sie bei ihrem Mann bleiben müsse, da sie zum Islam konvertiert sei. Ende August konnte die junge Frau fliehen. Mit ihrer Familie musste sie untertauchen. Gerade bei Entführungsfällen muss allerdings genau hingeschaut werden. Nicht immer sind die Dinge so eindeutig wie bei Maira Shahbaz. Manchmal verlieben sich christliche oder hinduistische Mädchen tatsächlich in einen muslimischen Mann und konvertieren aus freien Stücken zum Islam.

Neben den Versuchen der Zwangskonversion leiden Christen vor allem in ländlichen Gegenden Pakistans unter allgemeiner Diskriminierung. In ungebildeten Kreisen gelten sie als „schmutzig“. Muslimische Hausbesitzer weigern sich, an Christen zu vermieten. Im Juni 2020 wurde der Christ Na-deem Joseph aus Peschawar von einem Nachbarn erschossen. Er war erst wenige Wochen zuvor mit seiner Familie in das Viertel gezogen. Seine muslimischen Nachbarn bedrohten ihn und wollten ihn zwingen, das Viertel wieder zu verlassen. Selbst die Polizei konnte ihn nicht schützen.

Auch in Pakistan hat der Druck auf religiöse Minderheiten mit Ausbruch der Corona-Krise noch zugenommen. Das katholische Hilfswerk Kirche in Not berichtet von Fällen, dass Christen zum Beispiel bei der Verteilung von Hilfsgütern durch muslimische NGOs benachteiligt würden.

Eigentlich stehen Zwangskonversion und Diskriminierung im Widerspruch zur pakistanischen Verfassung. Grundsätzlich ist der Staat eine Demokratie und Artikel 20 und 25 in der Verfassung garantieren allen Pakistanis die Religionsfreiheit. Allerdings ist die Orientierung an der Verfassung in den verschiedenen Gesellschaftsschichten unterschiedlich stark ausgeprägt. Auch ist die Kluft zwischen ländlichen und urbanen Gesellschaften groß. Während in den großen Städten des Landes viele Menschen demokratisch gesinnt sind und Angehörige von Minderheiten durchaus Teilhabe-Möglichkeiten haben, herrscht auf dem Land oft noch ein Feudalsystem, in dem muslimische Großgrundbesitzer Hindus und Christen als billige Lohnsklaven anstellen. Häufig gelten dort nicht die geschriebenen Gesetzestexte, sondern das Stammesrecht oder die islamische Scharia. In den höheren Instanzen dagegen haben Minderheiten durchaus eine Chance, auf der Basis der Gesetze Recht zu bekommen.

Religionsfreiheit ist auch für viele Pakistanis ein hohes Gut. Bereits der Staatsgründer Muhammad Ali Jinnah hatte dies allen Pakistanis 1947 versprochen. Darauf berufen sich auch Menschenrechtsgruppen – wie unlängst im Punjab, wo der Gouverneur die verpflichtende Teilnahme am Koranunterricht für alle Studierenden an den Universitäten des Landes verfügte. Gegen diese Entscheidung hatte sich ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis aus Menschenrechtsorganisationen und Kirchen gebildet. Diese Akteure, die vor Ort ihre Stimme für Religionsfreiheit in ihrem Land erheben, dürfen nicht übersehen werden.

### **1.3. China – christliches Leben in atheistischem Staat**

Seit Jahrzehnten leiden Christinnen und Christen in China unter der Religionsverachtung des kommunistisch-atheistischen Regimes. Während der Kulturrevolution (1966 bis 1976) unter Mao Tse-tung war die Verfolgung besonders hart. Jede Ausübung von Religion war verboten. Ende der

1970er Jahre erkannte das Regime die katholische und die protestantische Kirche, den Buddhismus, den Islam und den Daoismus offiziell als Religion an. Wer sich an die Vorgaben aus Beijing hielt, konnte einigermaßen unbehelligt seinen Glauben leben.

Die christliche Gemeinschaft in China ist in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen. Mittlerweile wird ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung auf bis zu sechs Prozent geschätzt. Sowohl auf evangelischer als auch auf katholischer Seite entstanden neben den anerkannten Kirchen sogenannte Untergrundgemeinden oder Hauskirchen, die sich der Kontrolle und den Vorgaben der Behörden zu entziehen versuchen. Wird ihre Existenz bekannt, bekommen sie staatliche Repressionen zu spüren, sei es durch Verhaftungen oder Beschlagnahme von Eigentum.

Seit knapp drei Jahren hat das Regime von Xi Jinping die Kontrollmaßnahmen auch gegenüber den anerkannten Religionsgemeinschaften massiv verschärft. Seit Februar 2018 müssen sich alle religiösen Gruppen offiziell zu den sozialistischen Kernwerten bekennen. Gottesdienste – egal welchen Glaubens – dürfen nur noch in staatlich registrierten Räumen stattfinden. Auch können Geistliche nur mit der Genehmigung der Behörden ihr Amt ausüben. Und selbst bei der Auslegung der jeweiligen Glaubensinhalte hat das kommunistische Regime sich ein Mitspracherecht ausbedungen.

Wie konsequent diese Politik der Religionskontrolle mittlerweile umgesetzt wird, zeigen verschiedene Einzelverfügungen. So hat das Regime im Februar 2020 christliche Beerdigungsriten verboten. Kirchliche Würdenträger dürfen seither nicht mehr an Trauerzeremonien im Haus des Verstorbenen teilnehmen. Auch dürfen nur noch maximal zehn Familienangehörige bei einer solchen Feier aus der Bibel lesen, Lieder dürfen nur noch leise gesungen werden.

Wesentlich stärker als die Christen sind von der Religionskontrolle die Muslime in China betroffen. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch werden allein in der Provinz Xinjiang bis zu einer Million Menschen in Umerziehungslagern festgehalten, die meisten von ihnen sind muslimische Uiguren. Um in ein solches Lager gesperrt zu werden, reicht es aus, dass ein Muslim an der islamischen Pilgerreise Hadsch teilgenommen hat oder dass ein muslimischer Restaurantbesitzer während des Ramadans tagsüber geschlossen hat. Seit dem Frühjahr 2018 lassen die Behörden auch arabisch-islamische Mosaik- oder Kaligraphien sowie das Zeichen des Halbmonds von Wohngebäuden und Moscheen entfernen. Koranunterricht für Minderjährige ist mittlerweile verboten. Und Eltern dürfen ihren Kindern keine islamisch klingenden Namen mehr geben.

## **II. Afrika – Dschihadisten auf dem Vormarsch**

Afrika ist der Kontinent, den das Christentum und der Islam sehr früh schon als Missionsfeld entdeckt haben. Ab dem vierten Jahrhundert gaben christliche Missionare im Osten des Kontinents ihren Glauben an Menschen weiter, die meist animistische Weltbilder hatten. Die islamische Mission begann ab dem siebten Jahrhundert vor allem durch Handelsbeziehungen mit der arabischen Halbinsel. Beide Religionen können also mit Fug und Recht auf eine sehr lange Tradition auf dem afrikanischen Kontinent zurückblicken. Und in vielen Ländern Afrikas hat die christlich-muslimische Koexistenz eine lange und überwiegend friedliche Geschichte. Mal waren es christliche Minderheiten, die in Nachbarschaft mit der muslimischen Mehrheitsbevölkerung lebten, mal waren die Muslime in der Minderheit. Doch seit einigen Jahren wird dieses Miteinander massiv durch dschihadistische Gruppen gestört.

Seit den 1980er Jahren vergibt das erdölbereiche Königreich Saudi-Arabien Stipendien für ausländische Studenten an islamischen Universitäten im Land, darunter auch an viele afrikanische Muslime. Nach Jahren des Studiums, in denen sie die streng konservative wahhabitische Interpretation des Islam kennenlernen, kommen viele von ihnen mit ganz neuen Vorstellungen, wie ein wahrer Muslim zu leben habe, in ihre Heimat zurück. Vereinfacht gesagt teilt der Wahhabismus die Welt in „Gläubige“ und „Ungläubige“, wobei gläubig nur der ist, der den Islam genauso wie im Wahhabismus auslegt. Muslime, die dieser Interpretation nicht folgen, sind entsprechend „ungläubig“ und müssen entweder zwangskonvertiert oder ausgeschaltet werden. 2002 bildetet sich aus den Reihen der Saudi-Arabien-Rückkehrer die dschihadistische Gruppe Boko Haram, die seither das Ziel verfolgt, Afrika

mit Gewalt und Terror zu islamisieren, Regierungen zu stürzen, um einen islamischen Staat aufzubauen. Doch auch andere dschihadistische Gruppen wie der Islamische Staat in Westafrika (IS-WAP) sind in den Ländern der Sahelzone aktiv. Die International Crisis Group (ICG) und andere internationale Beobachtungsgruppen befürchten, dass Nigeria zur Verbindungsstelle zwischen den verschiedenen Gruppierungen werden könnte.

## **2.1. Nigeria – Dschihad im bevölkerungsreichsten Land Afrikas**

In Nigeria und den angrenzenden Ländern im Norden sorgt Boko Haram seit vielen Jahren für Angst und Terror. Seit 2009 starben bei Angriffen und Massakern der Miliz 30.000 Menschen, mehr als drei Mio. Menschen wurden zur Flucht gezwungen. Als im Mai 2015 Muhammadu Buhari, ein praktizierender Muslim, das Amt des Präsidenten antrat, sagte er Boko Haram offiziell den Kampf an. Für Buhari hatten auch viele nigerianische Christen gestimmt, weil sie große Hoffnungen in ihn gesetzt hatten. Vor zwei Jahren erklärte er Boko Haram offiziell für besiegt. Die Bevölkerung vor allem im Norden des Landes, erlebt allerdings, dass dies keineswegs der Fall ist und Boko Haram seine Einflussphäre sogar noch ausweitet. Immer häufiger, immer brutaler werden Dörfer überfallen und geplündert, Menschen getötet, entführt und misshandelt, Kirchen und Moscheen werden niedergebrannt. Boko Haram tötet Christen **und** Muslime und verfolgt damit vor allem ein Ziel: Terror verbreiten und der Regierung zeigen, dass sie unfähig ist, die Bevölkerung zu schützen.

Viele lokale Organisationen, darunter viele Kirchen, haben lange Zeit der Regierung die Stange gehalten, doch mittlerweile wird die Kritik an Buharis Regierung immer lauter. So hat im August 2020 der katholische Nuntius für Nigeria die nigerianische Regierung aufgefordert, die Bürger (Christen und Muslime) besser vor der Gewalt zu schützen. Bei seinem Besuch in der Region im Norden Nigerias vor drei Jahren wurde dieser Vorwurf von katholischen Würdenträgern auch direkt gegenüber unserem Landesbischof geäußert.

Auch von muslimischer Seite kommt Kritik. Nach einem weiteren Massaker im Juni 2020 hat die Jama'atu Nasril Islam, der größte Dachverband der muslimischen Gemeinschaft in Nigeria nicht nur Boko Haram kritisiert, sondern auch die Regierung für ihre Untätigkeit. Man sei schockiert über die vielen Toten und die Zerstörungen durch bewaffnete Banditen, Boko Haram und andere Kriminelle, die ungehindert Angst und Schrecken verbreiten würden. Die Sicherheitskräfte blieben untätig. JNI rief alle Muslime und Imame zum Gebet für den Frieden auf. Der National Christian Council (NCC) begrüßte die deutlichen Worte und rief zur Zusammenarbeit mit den Muslimen auf. Religiöse Organisationen müssten sich zusammentun, um gemeinsam die nigerianische Nation wieder aufzubauen, hieß es in einer offiziellen Erklärung des Kirchenrats. Auch die Nationalversammlung hat mittlerweile die Regierung aufgefordert, mehr für den Schutz der Bevölkerung insbesondere in ländlichen Gegenden zu tun.

Neben Boko Haram sind die Fulani-Nomaden für Christen in Nigeria zur Gefahr geworden. Ursprünglich hatten die Konflikte zwischen den muslimischen Nomaden der Fulani und den sesshaften Christen wirtschaftliche Gründe. Als Nomaden sind die Fulani darauf angewiesen, dass ihre Herden Weideplätze finden. Diese werden aufgrund des großen Bevölkerungswachstums und auch aufgrund der zunehmenden Versteppung durch den Klimawandel immer begrenzter. Die Tiere finden nicht mehr genug Futter, bleiben mager und ihre Besitzer bekommen auf den Märkten weniger Geld für ihre Tiere. In den letzten Jahren kam es immer wieder zu blutigen bis tödlichen Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Fulani und christlichen Bauern, wenn die Tiere der Fulani die Felder abfraßen, die Ernte und oft auch die Existenzgrundlage der Bauern vernichteten.

Seit 2011 hat es bei solchen Überfällen etwa 8 000 Tote gegeben. 200 000 mussten fliehen. Die Übergriffe der Fulani auf Christen haben in jüngster Zeit weiter zugenommen. Einige Gruppen der Fulani haben sich nach eigenen Angaben dem internationalen Dschihad angeschlossen. Sie sollen mittlerweile überall im Land aktiv sein. Geschätzt wird ihre Zahl auf 50 000 bis 100 000. Neben Plünderungen werden in jüngster Zeit vermehrt Entführungen durch Fulani gemeldet, so zum Beispiel im Juli 2020, als eine Gruppe von 30 Leuten im südwestlichen Bundesstaat Edo entführt wurden, darunter auch ein katholischer Geistlicher. Für die Entführer sind die erpressten Lösegelder

eine Einkommensquelle und sie zögern nicht, die Geiseln umzubringen, sollte das Geld nicht fließen. Die Vermischung von wirtschaftlichen und religiös-extremistischen Motiven verkompliziert die Lage in Nigeria zusätzlich. Immer schwerer können dauerhafte Lösungsansätze gefunden werden. Besonders erdrückend sind die Berichte der württembergischen Partnerkirchen in diesem Gebiet, etwa der EYN, der Kirche der Brüder, einer Friedenskirche.

## **2.2. Mosambik – neue Einflussphäre der Dschihadisten?**

Mosambik gehört eigentlich nicht zu den Ländern, in denen Christen seit längerem unter Verfolgung leiden. In jüngster Zeit geben aber Nachrichten aus dem südostafrikanischen Land allen Anlass zur Sorge. Seit 2017 ist der Norden Mosambiks Ziel von Dschihadisten und seit Anfang 2020 haben diese Angriffe auch noch erheblich zugenommen. Allein in diesem Jahr hat es bereits fünf Angriffe gegeben, immer auf die Hafenstadt Mocimboa da Praia in der Region Cabo Delgado. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) geht davon aus, dass mittlerweile mehr als 500 000 Menschen von dem Terror betroffen sind.

Seit den dschihadistischen Angriffen im Sommer 2020 auf Mocimboa da Praia werden zwei Ordensfrauen und 60 Menschen vermisst, die in einem Kloster Schutz vor den Angreifern gesucht hatten. Bei den stundenlangen Gefechten mit den Regierungstruppen hatte es viele Tote gegeben, Kirchen wurden angezündet, Schulen, Autos, Geschäfte.

Über die Angreifer und ihre Unterstützer ist wenig bekannt. Es könnte sich um lokale Kriminelle handeln, die eine rechtsfreie Zone schaffen wollen, um den Handel mit Drogen aus Zentralasien ungehindert betreiben zu können. Die Gruppen könnten auch das Ziel haben, ausländische Investoren in der Region abzuschrecken. In der Gegend um Mocimboa da Praia gibt es große Gasvorkommen. In ihrem Auftreten umgeben sich die Angreifer aber gerne mit Attributen, die dem Islamischen Staat zugeordnet werden. So haben sie bei ihren letzten Angriffen die schwarze IS-Flagge gehisst. Auch nehmen sie immer häufiger gezielt Kirchen und Christen ins Visier. Im Mai 2020 hatten die Bischöfe der Kirchenprovinz von Nampula im Norden Mosambiks Alarm geschlagen: „Wir sind zutiefst besorgt über die Verschlechterung der Lage in der Region Cabo Delgado, die zur Bühne eines geheimnisvollen und unbegreiflichen Krieges geworden ist“, hatten die Bischöfe geschrieben.

## **2.3. Eritrea – ein Regime schaltet den religiösen Sektor gleich**

In punkto Religionsfreiheit ist Eritrea ein Beispiel dafür, wie ein kommunistisches System versucht, den gesamten religiösen Sektor gleichzuschalten. Wie in China gibt es in Eritrea anerkannte und nicht-erkannte Religionsgemeinschaften. Offiziell anerkannt sind die große eritreisch-orthodoxe Kirche, der gut 40 Prozent der Bevölkerung angehören, die kleine katholische und die ebenfalls kleine lutherische Kirche sowie der sunnitische Islam, dem gut 50 Prozent der EritreerInnen angehören. Zwischen diesen Religionsgemeinschaften und dem Staat gibt es Abkommen, die die Auflagen festlegen, über welche das Regime die Religionen kontrolliert. Alles Religiöse, was außerhalb dieser Institutionen stattfindet, wird brutal verfolgt, wie zum Beispiel Anhänger von Freikirchen wie die Zeugen Jehovas. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch waren 2019 52 Zeugen Jehovas in Haft, zum Teil seit vielen Jahren.

Doch auch über die offiziellen Kirchen versucht das Regime Afewerki immer mehr die Kontrolle zu erlangen. Die große eritreisch-orthodoxe Kirche gilt seit 2006 vom Regime unterwandert. Der offiziell anerkannte Patriarch Abune Antonios sitzt seit nunmehr 14 Jahren in Hausarrest. Dagegen wird der von einer umgedrehten Synode gewählte neue Patriarch nicht von der Mutterkirche, der Koptisch-Orthodoxen Kirche, anerkannt. Doch auch die katholische und die evangelische Kirche haben in jüngster Zeit immer mehr unter dem Zugriff des Regimes zu leiden. Im September 2019 wurden nach Angaben von Human Rights Watch sieben Schulen in religiöser Trägerschaft beschlagnahmt, katholische, evangelische und islamische. Kurz davor hatte die Regierung bereits alle katholischen Gesundheitseinrichtungen und Krankenhäuser konfisziert. Das Regime will damit seine Kontrolle über den religiösen Sektor immer stärker ausweiten, religiöse Akteure mürbe machen und zum Schweigen bringen.

## 2.4. Sudan – Lichtblick für die Religionsfreiheit

Die Religionsfreiheit wird 2020 in vielen Ländern dieser Erde immer mehr missachtet. Doch es gibt auch positive Beispiele zu vermerken, wie etwa im Sudan. 37 Jahre lang definierte sich der Sudan als islamischer Staat. Die Scharia war Grundlage für Gesetze und Urteile. Besonders hatte die christliche Minderheit darunter zu leiden. Doch im April 2019 wurde der langjährige Machthaber Omar al-Bashir gestürzt. Seither liegen die Geschicke des Landes in den Händen des sogenannten Souveränen Rats, einem elfköpfigen Gremium aus Militärangehörigen und Zivilisten. Bis zu den nächsten Wahlen 2022 soll er die Gesellschaft demokratisieren. Im Sommer 2020 hat diese Übergangsregierung Lockerungen eingeführt und erklärt, dass Religion und Staat künftig getrennt sein sollen. Diese Auflage hatten internationale Finanzorganisationen an ihre Unterstützung geknüpft. Der Souveräne Rat zeigt seither, dass er den Sudan aus dem unheilvollen Islamisierungsprozess der letzten Jahrzehnte herausführen und mehr Religionsfreiheit zulassen will. Das betrifft zuallererst die Mehrheit der Muslime selbst. Denn der Abfall vom Islam (Apostasie) darf nun nicht mehr mit dem Tode bestraft werden. Auch darf niemand mehr den anderen des Unglaubens bezichtigen, eine Praxis, mit der extremistische Muslime jahrelang ihre Angriffe auf liberale und moderate Muslime rechtfertigten. Künftig sind auch öffentliche Auspeitschungen verboten, mit denen nach dem islamischen Recht (Scharia) Vergehen geahndet wurden. Und schließlich wurde die Todesstrafe für gleichgeschlechtliche Handlungen abgeschafft. All diese Lockerungen erleichtern auch der christlichen Minderheit (etwa 3 Prozent) das Leben im Sudan. Denn wo säkulares Recht gilt, können sie eher auf Gleichberechtigung als Bürger des Landes pochen.

## III. Schlussbemerkung

Die Zahl der Menschen, die weltweit vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2019 waren 79,5 Mio. Menschen auf der Flucht. Das sind 9 Mio. mehr als im Vorjahr. Seit 2010 hat sich die Zahl der Menschen auf der Flucht verdoppelt. Die fünf größten Herkunftsländer von Flüchtlingen sind Syrien (6,6 Mio.); Venezuela (3,7 Mio.); Afghanistan (2,7 Mio.); Südsudan (2,2 Mio.); Myanmar (1,1 Mio.).

Die fünf Länder mit den meisten Binnenvertriebenen (IDPs) sind Kolumbien, 8 Mio.; Syrien 6,6 Mio.; DRKongo 5 Mio.; Jemen 3,6 Mio. und Somalia mit 2,5 Mio.

Die fünf größten Aufnahmeländer von Flüchtlingen sind die Türkei (3,6 Mio.); Kolumbien 1,8 Mio.; Pakistan 1,4 Mio.; Uganda, 1,4 Mio. und Deutschland mit 1,1 Mio.

Und noch ein paar Zahlen, wenn Sie erlauben:

Drei von vier Flüchtlingen leben im Nachbarland ihres Heimatstaates. 40 % der Flüchtlinge sind unter 18 Jahren. Rund 5,6 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene konnten 2019 in ihre Heimat zurückkehren. 85 % der Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern.

Baden-Württemberg verzeichnete im vergangenen Jahr weiter gesunkene Flüchtlingszahlen. Anfang 2017 verfügte die Erstaufnahme noch über 17 600 Plätze; inzwischen sind es nur noch 8 000 Plätze, die vorgehalten werden. Im Jahr 2015 waren 98 000 Flüchtlinge nach Baden-Württemberg gekommen. Im Jahr 2018 10 300.

Weltweit wächst der Druck auf religiöse Minderheiten. Die Gründe dafür sind so unterschiedlich wie die Kontexte, aus denen die Opfer stammen. Einfache Antworten oder Patentrezepte gibt es nicht. Hilfsansätze taugen nur, wenn sie der jeweiligen Gesamtsituation Rechnung tragen. Sinnvoll ist, sich mit den ökumenischen Geschwistern zusammenzutun, die oft über weitere Informationen und Erfahrungen verfügen. Auch sollte jede Hilfe mit Partnern und Gleichgesinnten vor Ort abgestimmt sein. Nur sie können einschätzen, was jeweils Sinn macht und wo ausländische Unterstützer sich eher zurückhalten sollten. Neben der Frage, wie wir helfen können, bleibt aber die Trauer um die getöteten Menschen und die vernichteten Existenzen. Dafür braucht es Räume – egal in welchem Kontext. Es braucht unser Mitdenken und vor allem unser Mitbeten.

Geholfen, diesen Bericht zu erstellen haben mir Cornelia Wolf, Katja Dorothea Buck, Uwe Gräbe und Albrecht Hauser, denen ich sehr herzlich danke.

Ich möchte schließen mit dem Satz aus dem 1. Timotheusbrief: Wir haben unsere Hoffnung auf den lebendigen Gott gesetzt welcher ist der Heiland aller Menschen. 1. Tim.4,10

Kirchenrat Klaus Rieth